An das
Amt der Salzburger Landesregierung
Fachabteilung
Legislativ- und Verfassungsdienst
Chiemseehof
5010 Salzburg

Betrifft: 1. Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Salzburger Landesabgabenordnung geändert wird;
2. Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Salzburger Landes- und Gemeindeverwaltungsabgabengesetz 1969 geändert wird;

Stellungnahme
2. Do. Zahl 2001-LG-419/6-2006

Sehr geehrte Damen und Herren!

Bezug nehmend auf oben bezeichnete Entwürfe, mit denen die Salzburger Landesabgabenordnung bzw. das Salzburger Landes- und Gemeindeverwaltungsabgabengesetz 1969 geändert, darf Folgendes aus der Sicht des Salzburger Gemeindeverbandes festgehalten werden:

1. **Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Salzburger Landesabgabeordnung geändert wird:**
Gegen die Änderung in § 156a Abs. 9 bestehen im Hinblick auf das VfGH-Erkenntnis vom 7. Juni 2005, G155, 156/04 keine Bedenken.

2. **Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Salzburger Landes- und Gemeindeverwaltungsabgabengesetz 1969 geändert wird:**
Gegen die Erhöhung der Tarifobergrenze für Landes- und Verwaltungsabgaben entsprechend der Geldwertentwicklung bestehen aus unserer Sicht keine Bedenken. Abgelehnt hingegen
wird die Änderung in § 1 Abs. 1, wonach die Wortfolge „oder für sonstige auch in ihrem Privatinteresse liegende Amtshandlungen“ durch die Wortfolge „oder sonstige wesentlich in ihrem Privatinteresse liegende Amtshandlungen“ ersetzt werden soll; dies insbesondere unter dem Gesichtspunkt, als die Feststellung, ob eine Amtshandlung „wesentlich“ im Privatinteresse einer Partei liegt, einen größeren Interpretationsspielraum zulässt als die Feststellung des Umstandes, ob eine Amtshandlung „auch“ im Privatinteresse der Partei liegt, um (landes-) oder (gemeinde-)verwaltungsabgabepflichtig zu sein.

Wir ersuchen daher die bestehende Rechtslage in § 1 Abs. 1 LAO beizubehalten.

Mit freundlichen Grüßen
Für den Salzburger Gemeindeverband

gez. Dr. Martin Huber
Landesgeschäftsführer

gez. Bgm. Helmut Mödlhammer
Präsident